

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 03/2007

«MITTENDRIN» FÜR DAS WOHL DER MENSCHEN

Am Familienfest ist deutlich geworden, für was sich die EVP in den nächsten vier Jahren einsetzen will. Setzen auch Sie ein Zeichen für eine lebenswerte Schweiz, christliche Werte und eine menschliche Politik. Mit einer unveränderten EVP-Liste am 21. Oktober!

VON NIKLAUS HARI

Der Wahlkampf 2007 ist eröffnet. Über 500 Freunde und Mitglieder der EVP haben am 1. September in Aarau mit einem Fest für die ganze Familie den Auftakt zu den Nationalratswahlen gefeiert. Mit vereinten Kräften will die EVP 5 Sitze gewinnen und damit eine eigene Fraktion im Bundeshaus stellen. So kann sie sich mit viel mehr Wirkung für eine lebenswerte Schweiz, für christliche Werte und eine menschliche Politik einsetzen.

EVP steht «mittendrin»

Am Familienfest ist deutlich geworden, was die Schweiz lebenswert macht: das Miteinander von Jung und Alt, die fröhliche und friedliche Atmosphäre, das abwechslungsreiche Programm. Gleichzeitig haben die Referenten die Politik der EVP auf den Punkt gebracht. Martin Bühlmann, Leiter der Vineyard Bern, hat uns aufgefordert, «mittendrin» zu stehen, dort wo das Leben ist. André Rouvoet, niederländischer Vizepremierminister der ChristenUnie, riet uns per Videogrussbotschaft, den Menschen echte Lösungen auf die echten Probleme zu bieten. Und der britische Buchautor Adrian Plass rief uns ins Bewusstsein, dass wir alle ein Teil dessen sind, was Gott in der



Der EVP-Güggel vor der Ziellinie: Impression vom Familienfest.

Schweiz durch die EVP erreichen will.

Mit einer Resolution in die heisse Wahlphase

Die Schweiz hat mehr EVP und mehr christliche Werte (siehe auch www.lebenswerte.ch) nötig. «Wenn wir uns nicht engagieren, setzen sich die Mächtigen und Rücksichtslosen auf Kosten der Schwachen und der kleinen Leute durch», warnte Parteipräsident und Nationalrat Ruedi Aeschbacher in seiner Wahlsprache. Mit einer vom Zentralvorstand vorbereiteten und am Familienfest verabschiedeten Resolution greift

die EVP die aktuellen Wahlkampfthemen auf. Sie will die Natur nachhaltig schützen, Muslime und Musliminnen auf unsere Grundwerte verpflichten, den Sozialstaat durch gesunde Familien entlasten, Jugendlichen bessere Chancen geben und die Gesellschaft aus der Schuldenfalle befreien.

Jetzt gilt es, die Menschen in der heissen Wahlphase von der EVP zu überzeugen. Jedes Gebet, jedes Gespräch, jedes E-Mail, jede Stimme zählt. Setzen wir uns ein für eine lebenswerte Schweiz! Verschaffen wir christlichen Werten mehr Gewicht! Mit der unveränderten EVP-Liste.

KOMMENTAR

Blau-Gelb wählen

Geheimpläne haben zur Zeit Hochkonjunktur. Das meiste dabei ist Wahlkampfgetöse. Die SVP möchte den Wahlgang am 21. Oktober nämlich auf eine Frage reduzieren: Blocher oder der Niedergang der Schweiz, links oder rechts, schwarz oder weiss. Aus marketingtechnischen Überlegungen ist das ein geschicktes Vorgehen. Es mobilisiert Wähler und schafft unaufhörlich Medienpräsenz. Ob irgendetwas an diesen geheimen Plänen dran ist, bleibt aber offen. Klar ist, dass die einen oder anderen nicht die Wahrheit sagen, übertreiben oder Spekulationen in den Raum stellen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die Politik von vielen Schweizerinnen und Schweizern als Drecksgeschäft betitelt wird. Für die EVP haben Geheimpläne, Lügen und Spekulationen grundsätzlich keinen Platz in der Politik. Die EVP steht für Transparenz, Offenheit, Ehrlichkeit und Wahrheit. Sie spielt mit offenen Karten. Das sollen die Stimmberechtigten von Ihren Volksvertretern schliesslich auch erwarten dürfen. Als Christen fühlen wir uns dazu verpflichtet, die Wahrheit zu sagen und nichts als die Wahrheit. Ergebnis: unbeschönigte Lagebeurteilungen und differenzierte Positionen. Und eben nicht schwarz oder weiss. Denn die Realität enthält auch Grautöne bzw. Farben. Wählen Sie deshalb am 21. Oktober Farbtöne – am besten das Blau-Gelb der EVP!

Joel Blunier, Generalsekretär EVP

Freiheit oder Schuldenfalle?

Bald jeder vierte Erwachsene und jeder fünfte junge Mensch unter 25 Jahren ist verschuldet. Und die Zahl jener steigt, die nicht mehr aus der Schuldenfalle heraus finden. Oft mit schweren Folgen für ihr persönliches Umfeld, ihre sozialen Kontakte und ihre Leistungen und Chancen im Beruf. Manchmal wird der Ausweg sogar in kriminellen Machenschaften gesucht.



Allerdings: Mit einer Schuld von gegen 130 Milliarden Franken ist unser Staat kein grossartiges Vorbild. Allein die Schuldzinsen kosten den Bund täglich rund zehn Millionen Franken. Das schränkt unsere Handlungsfreiheit ein. Und unsere Schuldenwirtschaft belastet die nächsten Generationen. Sofern wir uns nicht endlich aufraffen, den Schuldenberg nach und nach abzutragen.

Die EVP hat schon lange vor einer solchen Entwicklung gewarnt und entsprechende Vorstösse lanciert. Regierung und Parlament reagierten nur lau. Nun haben die EVP-Nationalräte am 14. September in einer Medienkonferenz ein ganzes Bündel von Vorstössen vorgestellt, mit denen sie nun verstärkt Druck machen werden (siehe Seite 5).

Das ist typische EVP-Politik: Hartnäckig und konstruktiv an Lösungen arbeiten, wo unsere Gesellschaft echte Probleme hat. Und anderen die medienträchtigen Schaumschlägereien überlassen, wo es derzeit um eine Partei und ihren Übervater geht, die zwar an der Regierung beteiligt sein wollen, sich aber als veritable Opposition gebärden und – schlimmer noch – wiederholt gegen grundlegende demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien verstossen.

Nationalrat Ruedi Aeschbacher
Präsident EVP Schweiz

«Mit der Abwahl von Ruth Metzler ist ein Tabu gebrochen worden. Seither ist die Bundesratswahl eine Wahl wie jede andere auch. Alle Bundesräte sollen an ihren Leistungen gemessen und wiedergewählt werden oder eben nicht.»

Nationalrat Heiner Studer rückt das Theater um «Geheimplan», Wiederwahl oder Nichtwahl von Bundesrat Christoph Blocher ins rechte Licht.

«Ja eben bin ich ein bisschen am Zittern im Hinblick auf die Wahlen. Nach Jahren des Hickhacks zwischen links und rechts geht es jetzt darum, die Mitte zu stärken. Als ehemaliger Politiker kenne ich die Kandidierenden der EVP und weiss: ihnen kann man vertrauen.»

Alt-Nationalrat Hans Oester auf die Frage von Bekannten, wie es ihm gehe: innert Sekunden ist er beim Thema und wirbt für die EVP. Nachahmenswert!

«George Michael und die FDP haben eines gemeinsam: beide haben ihre beste Zeit weit hinter sich.»

Der Musikredaktor von DRS 3 in einer Analyse der Wahlsongs der Parteien zum von der FDP auserkorenen Song «Freedom» von George Michael. Dreister die SVP: Als gehörte ihr die Schweiz, erklärt sie kurzerhand die Nationalhymne zum SVP-Wahlkampfsong. Das ist nicht der Stil der EVP: als einzige Partei hat sie sich eigens einen Song schreiben lassen. «Wonderful Day» von Carmen Fenk sei laut DRS 3 «eigentlich ein sehr guter Song». Wieso eigentlich?

INHALT

Familienfest-Resolution: Vorschläge für eine lebenswerte Schweiz	4
Aus der Schuldenfalle in die Freiheit: Vorstösse der EVP-Nationalräte	5
Klimaschutz: Unterschreiben Sie die Klimainitiative	5
Nationalratswahlen 2007: Wie Sie die EVP jetzt unterstützen können	6
Gründung der EVP Genf: In 16 Kantonen mit einer Sektion vertreten	7

MARKT DER RELIGIONEN

Max Schläpfer ist Präsident des Verbandes evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz (VFG). akzente hat mit ihm über den Islam in der Schweiz gesprochen.

VON NIKLAUS HARI

Max Schläpfer, weshalb lehnt der VFG die Minarettinitiative ab?

Die Initiative «gegen den Bau von Minaretten» ist ein Angriff auf die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit. Sie diskriminiert die islamische Religionsgemeinschaft. Der Staat muss hingegen für eine «freie Marktwirtschaft» der Religionen sorgen: alle müssen gleich lange Spiesse haben. Diese Freiheit kann man nicht bloss für sich selber beanspruchen, man muss sie auch anderen Religionen zugestehen.

Gleichzeitig will der VFG die Ängste der Bevölkerung vor einer zunehmenden Islamisierung unserer Gesellschaft ernst nehmen.

Ich lese auf dem Initiativbogen: «Der Islam macht keine Trennung zwischen Religion und Staat.» oder «Wir dürfen nicht tolerieren, dass unsere Gesetze unterlaufen werden.» oder «Es geht nicht an, dass sich einzelne Religionsgemeinschaften Sonderrechte herausnehmen.» Ja! Diese Forderungen unterstütze ich voll und ganz! Aber ein Minarettverbot trägt rein gar nichts zu ihrer Durchsetzung bei. Im Gegenteil, die Initiative stärkt die Muslime noch, weil sie durch einen gemeinsamen Feind zusammengeschweisst werden.

Wie können wir eine muslimische Parallelgesellschaft verhindern?

Wir müssen unsere geltenden Gesetze mit aller Deutlichkeit



Max Schläpfer: «Staatliche Gesetze stehen über religiösen Richtlinien.»

durchsetzen. Hier dürfen wir kein bisschen nachgeben. Nehmen wir das Beispiel der Zwangsehe: es müsste doch so sein, dass jede junge Frau, der eine Zwangsheirat droht, zum nächsten Polizeiposten gehen kann und dort sofort umfassenden Schutz erhält.

Seitens der islamischen Organisationen vermisste ich die klare Zusage: wir respektieren den Rechtsstaat und sind bereit, den Schweizer Gesetzen Folge zu leisten.

Das Befolgen der Gesetze ist das eine, die Integration in unsere Gesellschaft das andere.

Es gibt integrationsfähige Kulturen und weniger integrationsfähige Kulturen. Die italienischen Secondos beispielsweise sind weitgehend integriert. Die Muslime haben diesen Beweis meines Erachtens noch

nicht erbracht. So höre ich zum Beispiel von muslimischen Frauen, die auch nach zwanzig Jahren in der Schweiz noch kein Wort Deutsch sprechen. Damit entsteht eine Subkultur, die Integration nahezu unmöglich. Es gibt offenbar grosse Unterschiede unter den Muslimen: die einen sind integrationswillig, andere möchten sich integrieren, können es aber wegen ihrem Umfeld nicht und wieder andere wollen sich schlicht nicht integrieren.

Wie steht es mit der Unterscheidung zwischen Religion und Staat?

Der Staat muss den Frieden zwischen allen Bevölkerungsgruppen sichern. Eine Kirche muss sich dem Staat unterordnen, ob es ihr passt oder nicht, das ist auch biblisches Gebot. Erinnern Sie sich an die Geschichte einer Konvertitin in Malaysia? Die weltlichen Gerichte haben sich als nicht zuständig erklärt in der Frage, ob diese Frau die Religion wechseln darf oder nicht. Ein fataler Fehler: damit rücken die religiösen Richtlinien über die staatlichen Gesetze. Das darf niemals geschehen.

In der Schweiz sind wir in der glücklichen Lage, dass jede Person

das Recht hat, ihre Religion frei zu wählen. Diesem Recht müssen wir Nachachtung verschaffen und der Staat muss es garantieren.

Andere fordern einen verstärkten Dialog mit den Muslimen.

Hier beobachte ich eine gewisse Naivität auf der anderen Seite. Dialog allein genügt nicht. Dem Dialog aus der Position der Toleranz gebe ich keine Chance, wir müssen den Dialog aus der Position der Stärke führen. Wir müssen klipp und klar sagen, welche Grundrechte bei uns gelten, sie durchsetzen und zeigen, dass sie nicht verhandelbar sind. Auf dieser Grundlage kann der Dialog Früchte tragen.

Sie sind Präsident der Pfingstmission, welche in verschiedenen islamischen Ländern aktiv ist.

Die Arbeitsbedingungen in diesen Ländern sind sehr schwierig. Selbst dort, wo es traditionell eine christliche Minderheit gibt, wie beispielsweise in Pakistan. Mir gefällt die Idee eines Tauschhandels, auch wenn sie im geltenden internationalen Rechtssystem nicht zu verwirklichen ist: für jedes Minarett, das in der Schweiz gebaut wird, darf in islamischen Ländern eine Kirche gebaut werden.

Die Muslime wissen, dass sie in Europa gewisse Freiheiten haben und sie pochen darauf. Gleichzeitig sind sie nicht bereit, diese Rechte ihren eigenen Familien oder uns Christen in ihren Heimatländern zuzugestehen. Das geht natürlich nicht. Hier müsste es eine Möglichkeit für Gegenrecht geben.

Muslime verpflichten

Am Familienfest hat die EVP eine Resolution für eine lebenswerte Schweiz verabschiedet und will unter anderem Muslime und Musliminnen auf unsere Grundwerte verpflichten. Konkret fordert die EVP die Durchsetzung der Gesetze, obligatorische Sprachkurse, eine Registrierung der Imame, will Elternabende, Schwimmunterricht und Klassenlager zur Pflicht erklären und schliesslich allen verfolgten Christen Asyl gewähren.

Max Schläpfer

Alter: 55 Jahre
 Zivilstand: verheiratet seit 31 Jahren, zwei erwachsene Kinder
 Beruf: Präsident der Schweizer Pfingstmission und des Verbandes evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz (VFG)
 Hobbies: Schwarzweissfotografie, Sport, Tennis, Velo



Die Besten

Schon seit einiger Zeit lächeln sie uns an; die Kandidatinnen und Kandidaten für die Stände- bzw. Nationalratswahlen. Im Gegensatz zu den neuen Fotos auf den Identitätskarten darf hier noch so richtig gelacht werden. So herzlich, dass noch Zähne zum Vorschein kommen dürfen.

Ein Plakat hat es mir besonders angetan. In aller Bescheidenheit werden die zwei dort abgebildeten Kandidaten schlicht als «Die Besten» angepriesen. Ich gehe davon aus, dass das sicherlich zwei begabte Menschen sind. Doch, mit welchem Massstab werden die Besten auserkoren? Haben sie die besten Ideen, die beste Rhetorik, das beste Charisma, die beste Ethik, oder überzeugen sie durch die besten Wahlversprechen? Sitzen sie in den besten Verwaltungsräten und haben die besten Einkommen?

Wer misst wen und wie? Gibt es eine Schablone, die wir bei den Kandidaten ansetzen können? Da wird mir wieder einmal klar, wie kompliziert wir Menschen es uns manchmal einrichten. Wie können wir uns da im Kandidaten-Dschungel zu rechtfinden?

Eine zentrale Frage kann die sein, ob die Kandidatin, bzw. der Kandidat in Beziehung mit dem wirklich Besten lebt, der sich vor fast 2000 Jahren dahingegeben hat? Natürlich bedeutet das noch lange nicht, dass alle Christen für das Bundeshaus geeignet sind. Aber es scheint mir das beste Fundament zu sein, glaubwürdig und effizient der Stadt und des Landes Bestes zu suchen. Auf diesem Fundament lässt sich (auch politisch) aufbauen.

Thomas Prelicz, 51, Pastor in Arth SZ, Nationalratskandidat

ASYL FÜR CHRISTEN

Mit einer am Familienfest verabschiedeten Resolution will die EVP die Weichen für eine lebenswerte Schweiz stellen. Zu brennenden Themen wie Klimaschutz, dem Umgang mit dem Islam oder der zunehmenden Verschuldung schlägt sie tragfähige Lösungen vor.

VON NIKLAUS HARI

Am Familienfest vom 1. September in Aarau hat die EVP eine Resolution verabschiedet, mit der sie ihr Wahlprogramm «Für eine lebenswerte Schweiz durch gestärkte Familien, eine gerechte Wirtschaft und eine gesunde Umwelt» ergänzen und aktualisieren will. Zu den fünf Themen Klima, Islam, Sozialstaat, Jugendliche und Verschuldung wartet die Resolution mit tragfähigen Lösungen auf.

Umwelt nachhaltig schützen

Der Erhalt der Schöpfung hat für die EVP eine hohe Priorität. Sie unterstützt die Klimainitiative, welche den CO₂-Ausstoss um einen Drittel reduzieren will. Das geht nur mit einer ökologischen Steuerreform, welche den Energieverbrauch statt die Arbeit besteuert sowie einer CO₂-Abgabe nicht nur auf Brenn-, sondern auch auf Treibstoffen. Eine verbrauchsabhängige Benzinsteuer begünstigt sparsame Fahrzeuge und kann mit der Montage eines Eco-Tag an der Zapfsäule einfach realisiert werden. Der hohen Feinstaubbelastung will die EVP mit einem Partikelfilterobligatorium zu Leibe rücken, derweil die Landschaftsinitiative zur Erhaltung von un bebauten Grünflächen unsere Unterstützung verdient hat.

Asyl für verfolgte Christen

Die Entstehung einer muslimischen Parallelgesellschaft muss mit aller Kraft verhindert werden. Dazu ist ein Minarettverbot völlig untauglich. Es ist verfassungsmässig bedenklich und verhindert die Ausbreitung des Islams in keiner Weise. Die EVP will hingegen die bestehende Rechtsordnung konsequent durchsetzen und damit Gewaltaufrufe, Zwangsheiraten, Mädchenbeschneidungen, die Unterdrückung der Frau oder gar die Anwen-

dung der Scharia verhindern. Integrationsziele müssen vertraglich vereinbart und Sprachkurse obligatorisch werden. Das gleiche gilt für Elternabende, die Teilnahme am Schwimmunterricht und an Klassenlagern. Muslimische Geistliche müssen eine Landessprache beherrschen; sämtliche rituellen Handlungen aller Religionsgemeinschaften haben in einer Landessprache oder zumindest zweisprachig zu erfolgen. Schliesslich soll unser Land verfolgten Christen Asyl gewähren.



Nationalrat Ruedi Aeschbacher bei der Präsentation der Resolution.

Auffangnetz statt Hängematte

Aufgrund der demografischen Entwicklung gelangt der Sozialstaat an seine Grenzen. Je besser die Familien ihre gesellschaftliche Aufgabe erfüllen, umso weniger werden staatliche Dienstleistungen von der Sozialhilfe bis zur Jugendanwaltschaft beansprucht. Deshalb darf die Ehe bei den Steuern und der AHV nicht länger diskriminiert werden. Die Familienarbeit bedarf der vollen Anerkennung – beispielsweise indem sie beim Wiedereinstieg als Berufserfahrung angerechnet wird. Ein radikal vereinfachtes Steuersystem dient einer solidarischeren Finanzierung des Sozialstaates. Dabei sind Einkommen aus Kapital ebenso zu versteuern wie grosse Erbschaften. Doch der Staat ist Auffangnetz, nicht Hängematte: mit Sozialins-

pektoren und dem Datenaustausch zwischen den Behörden müssen Missbräuche verhindert werden.

Der Jugend Chancen geben

Jugendliche brauchen verlässliche Bezugspersonen, welche ihre Erziehungsverantwortung wahrnehmen. Statt auf Betreuungsgutscheine setzt die EVP auf ein Kindergeld – so haben die Eltern freie Wahl, ob sie ihre Kinder selber oder fremd betreuen lassen wollen. Kinder von MigrantInnen müssen spätestens bis zur Einschulung in der Schweiz sein, damit die Integration gelingen kann. Gewaltverherrlichende Medien und Computerspiele sind zu verbieten. Schliesslich sollen Einarbeitungs- und Lohnzuschüsse dazu führen, dass die Firmen mehr Attestausbildungen anbieten und auch schulisch schwächere Jugendliche beschäftigen.

Aus der Schuldenfalle befreien

Freiheit und Lebensqualität sind uns wichtig. Derweil nehmen die Privatkonkurse laufend zu. Wer übermässig Schulden hat, ist nicht frei. Deshalb muss der Zugang zu Kleinkrediten erschwert werden. Verbietet man den Kreditgebern, beim Ausbleiben der Ratenzahlungen den Lohn zu pfänden, prüfen sie die Kreditfähigkeit aus eigenem Interesse genauer. Weiter sollen sie einen Fonds zur Schuldenberatung und -prävention finanzieren. So kann beispielsweise bereits in der Schule der Umgang mit Geld und Konsum trainiert werden. Schliesslich muss der Staat seine Vorbildfunktion wahrnehmen: mit einer langfristigen Finanzplanung und einem Entschuldungsplan für die öffentliche Hand.

Resolution im Netz...

...unter www.evpppev.ch > Politik > Positionspapiere.

ERHALT DER SCHÖPFUNG

Es läuft viel in Sachen Klimaschutz momentan. Das ist auch bitter nötig. Sie können mit Ihrer Unterschrift der Klimainitiative zum Gelingen beitragen.

(nh). Der Klimawandel ist eine unumstössliche Tatsache – leider. Umso wichtiger, dass wir alle Hebel in Bewegung setzen, damit auch unsere Nachkommen eine lebenswerte Schöpfung geniessen können. Das bis 2012 laufende Kyoto-Protokoll versucht die Schweiz mit der ab Januar 2008 laufenden CO₂-Abgabe auf Brennstoffen und freiwilligen Massnahmen wie dem Klimarappen umzusetzen. Weil das voraussichtlich nicht ausreicht, wird der Bundesrat Ende Jahr die CO₂-Abgabe auch auf die Treibstoffe ausweiten müssen. Als echte Lenkungsabgabe handelt es sich dabei nicht um eine neue Steuer, weil die Beträge vollumfänglich an Wirtschaft und Bevölkerung zurückerstattet werden.

Leuenberger gibt Gas

Bundesrat Leuenberger hat Mitte August und anfangs September öffentlich gemacht, wie er in der Klima- und der Energiepolitik vor-

wärts gehen will. Seine Vorschläge sind mehr oder weniger auf der Linie der EVP. Zum einen will er mit einer umfassenden Klimaabgabe die Treibhausgas-Emissionen jährlich um 1.5 Prozent senken. Auch diese Abgabe soll an die Bevölkerung via Krankenkassenversicherung zurückerstattet werden. Zum andern will er mit zwei Aktionsplänen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien den Verbrauch fossiler Energie um 20 Prozent senken und den Stromverbrauch stabilisieren. Damit könnten Gaskraftwerke und neue AKW vermieden werden.

Klimainitiative erzeugt Druck

Mit seinen Vorschlägen geht der Umweltminister nicht ganz so weit wie die Ende Mai auch von der EVP mitlancierte Klimainitiative. Sie will die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um mindestens 30 Prozent senken gegenüber 1990. Damit Leuenbergers Vorschläge – «Mini-

mallösung» für die Wissenschaft – gegen den enormen Widerstand von Wirtschafts- und Verkehrsverbänden eine Chance haben, braucht es den Druck einer mit möglichst vielen Unterschriften eingereichten Klimainitiative. Mit der weiteren Senkung des Gesamtenergieverbrauchs und der Idee einer verbrauchsabhängigen Benzinsteuern bleibt die EVP dran – und setzt sich für den Schutz des Klimas und den Erhalt der Schöpfung ein.

Unterschreiben Sie die Klimainitiative!

Unterschreiben Sie die Klimainitiative und verwenden Sie dazu den beiliegenden Initiativbogen. Die EVP hat sich verpflichtet, 3000 Unterschriften beizusteuern und ist dazu auf Ihr Mitsammeln – auch bei Standaktionen – angewiesen.

Was passiert, wenn Sie die EVP wählen?

«Was passiert, wenn ich hüt di Evangelisch Volkspartei wähle?» – «Im Nationalrat wird me gredt und weniger gstritte mitenand.» – «D'Politiker und d'Journalische reged sich weniger uf.» – «De Bluetdruck chunnt obenabe und de Cholesterolspiegel sinkt.» – «Es git weniger Herzinfarkt und Schlagafäll.» – «D'Volksundheit nimmt zue.» – «D'Chrankekas-seprämie sinket.» – «D'Familie wärdet entlaschtet und chönnd me unterneh mitenand.»

«Was passiert, wenn ich hüt d'EVP wähle?» – «Statt warmi Luft gits me Vorschlag wo verhebed im Parlamant.» – «S'Klima im Bundeshuus wird sofort besser.» – «D'Klima-Aalag brucht nüm so vill Strom.» – «Das Bischpil macht Schuel.» – «Und me cha es AKW abschalte.»

«Was passiert, wenn ich hüt di Evangelisch Volkspartei wähle?» – «D'EVP hett scho gli es Rächt uf nen Bundesrat.» – «Wo d'Sitzige mit emene Gebäat afangt.» – «Und Gott um Wiisheit und di richtige Entscheidung bittet.» – «D'Sitzig isch schnäller fertig.» – «D'Bundesrät händ me Zyt für sich, ihri Familie oder en Spaziergang i de Natur.» – «Si merked, dass das eigentlich no schöni Sache sind.» – «Und setzed sich i de nöchschte Sitzig für gstärtchi Familie und e gsundi Umwält i.»

«Aber im Ärscht: Was passiert, wenn Si hüt d'EVP wähled?» – «Si gänd ihri Schtimm glaubwürdige Fraue und Manne.» – «Wo sich isetzed für christliche Wärt und e mönchliche Politik.» – «D'EVP leit zue und gönnt mindschdens 5 Sitz.» – «Di politisch Mitti wird gstärtcht und gueti Lösige wärdet möglich.» – «Wenn Si d'EVP wähled!»

EVP-Wahlspot, Erstaustrahlung in der Sendung «Parteien im Kreuzverhör» von Schweizer Radio DRS am 5. September 2007.

AUS DEM BUNDESHAUS

IN DIE FREIHEIT

Die Nationalräte der EVP wollen Betroffene aus der Schuldenfalle in die Freiheit führen.

(nh). Verschuldung hat viele Facetten. Aber eine Gemeinsamkeit: sie macht unfrei. Mit einer geballten Ladung von Vorstössen wollen die Nationalräte der EVP Betroffene «aus der Schuldenfalle in die Freiheit» führen, wie die Einladung an die Medien überschrieben ist.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen vor allem die Konsumkredite, wie sie die GE Money Bank schon den ganzen Sommer über intensiv bewirbt. Nationalrat Walter Donzé (BE) will die Hürden für die Kreditfähigkeit erhöhen, indem die Kreditgeber im Fall der Zahlungsunfähigkeit den Lohn des Schuldners

nicht mehr pfänden dürfen. Ferner sollen Interessierte mit einem Führerausweis auf Probe keine Leasingverträge für Autos abschliessen dürfen. Nationalrat Heiner Studer (AG) will den Höchstzinssatz für Kleinkredite von heute 15 auf 10 Prozent senken, die Kreditgeber zur Mitfinanzierung eines Fonds für Schuldenberatung und -prävention verpflichten sowie die Werbemöglichkeiten für Konsumkredite einschränken.

Die öffentliche Hand sollte nur schon deshalb ein Interesse daran haben, die Schuldenfalle möglichst gar nicht mehr zuschnappen zu las-

sen, weil Steuerschulden oft mit der geringsten Priorität bezahlt werden: 1.6 Prozent der Steuereinnahmen gehen der öffentlichen Hand auf diesem Weg verloren. Nationalrat Ruedi Aeschbacher (ZH) will vom Bundesrat wissen, was er dagegen zu unternehmen gedenkt. Weil der Staat bezüglich Verschuldung nicht eben gerade ein gutes Vorbild abgibt, verlangt Aeschbacher gleichzeitig vom Bundesrat eine langfristige Finanzplanung mit einem konkreten Abbaupfad der Bundesschulden. Um darauf hinzuweisen, wie vielschichtig das Thema ist, regt Heiner Studer schliesslich einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder an. Alle diese Vorstösse werden in der kommenden Herbstsession eingereicht. «Aus der Schuldenfalle in die Freiheit» – etwas, das man allen Menschen wünscht!

Wie Sie die EVP jetzt unterstützen können

Damit die EVP ihr Ziel von 5 Sitzen erreichen kann, ist der Einsatz aller EVP-Mitglieder gefragt. Sie können in den letzten Wochen vor den Wahlen z.B. noch Folgendes tun:

- Fordern Sie Ihren Bekanntenkreis per Brief, Karte oder E-Mail zum Einlegen der EVP-Liste auf.
- Verteilen Sie Wahlflyer, Traubenzucker-Dispenser oder Werbekarten in Ihrem Quartier, vor dem Einkaufszentrum oder am Bahnhof.
- Machen Sie Hausbesuche in Ihrem Quartier.
- Motivieren Sie Wähler in Ihrem Wohnort per Telefon zur Wahlteilnahme.
- Nehmen Sie an einer Standaktion Ihrer Ortsgruppe teil.
- Kleben Sie A3- oder F4-Plakate an geeignete Standorte (Garagentore, Bäume, Wände, ...)
- Machen Sie mit an der Post-it-Verteilaktion in der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober und bestellen Sie Post-it-Blöcke auf dem Generalsekretariat.
- Schreiben Sie Leserbriefe, in denen Sie die EVP zur Wahl empfehlen.
- Hängen Sie ein Spannband an Ihren Gartenzaun oder Balkon.
- Versenden Sie das EVP-Wahlvideo oder den Wahlsong «Wonderful Day» per E-Mail an Ihre Bekannten.
- Unterstützen Sie Ihre Kantonalpartei mit einer Spende.
- Last but not least: Beten Sie für die Kandidierenden und den erfolgreichen Ausgang der Wahlen.

Damit sind viele Werbemöglichkeiten genannt. Letztlich zählt aber der Slogan eines bekannten Schuh- und Kleiderherstellers: Just do it!

Herzlichen Dank für Ihren Einsatz! Ihr Joel Blunier, Generalsekretär der EVP

IHR EINSATZ ZÄHLT!

Jetzt gilt es, noch unentschlossene und vor allem Nicht-Wählerinnen und -Wähler für die EVP zu gewinnen.

VON JOEL BLUNIER,
GENERALSEKRETÄR DER EVP

In einigen Tagen erhalten die Wählerinnen und Wähler ihre Wahlunterlagen. Ab diesem Zeitpunkt kann gewählt werden. Parteigebundene Wahlberechtigte werden in der Regel gleich wählen gehen. Sie haben sich ohnehin bereits für eine Partei entschieden. Bei dieser Gruppe gilt es zwei wichtige Dinge zu beachten: EVP-Wählende sollten möglichst nicht panaschieren, denn mit jedem «fremden» hinzugefügten Namen wird die Stimmkraft der EVP um eine Stimme verringert. Umgekehrt sollten Wählende anderer Parteien möglichst viele EVP-Kandidierende auf ihre Liste hinzufügen. Es ist deshalb wichtig, dass die Kandidierenden ihren Bekanntenkreis rasch über ihre Kandidatur informieren und zur Wahl auffordern.

Eine zweite Gruppe von Wählenden ist noch unentschieden und will

sich weiter über die Parteien und Kandidierenden informieren. Sie können mit guten Argumenten und vor allem im persönlichen Kontakt am ehesten überzeugt werden. Hier sind Standaktionen, Hausbesuche, Telefongespräche aber auch Podiumsdiskussionen, Leserbriefe und Medienberichte wirkungsvoll.

Schliesslich haben wir noch die Gruppe der Nichtwählenden. Es ist die grösste Gruppe, nämlich 55% im Jahr 2003. Sie sind meist uninteressiert, politikverdrossen oder überbeschäftigt. Solche Personen lassen sich – wenn überhaupt – nur durch persönliche Motivation wieder an die Urne bringen. Hier liegt das grosse Potential der EVP, weil sie gemässigt, lösungsorientiert, blockunabhängig, unverfälscht und eine Alternative zu Links-Rechts ist.

Greifen Sie der EVP im Wahlkampf unter die Arme! Im nebenstehenden Kasten finden Sie einige Ideen, wie sie die EVP jetzt unterstützen können.



Standaktionen mit Pfiff

Am Familienfest zum ersten Mal gross im Einsatz, vermietet die EVP neu eine Hüpfburg, einen Lieferwagen sowie robuste Zelte. Bringen Sie damit Schwung in die Standaktionen Ihrer Ortspartei!

- Lieferwagen (Mercedes Benz 211 CDI) für CHF 170 pro Tag bzw. CHF 120 für EVP-Mitglieder. Standort: EVP-Sekretariat, Zürich.
 - EVP-Hüpfburg für CHF 250 pro Tag bzw. nur CHF 150 für EVP-Mitglieder. Standort: 3x3 emk Hunzenschwil AG.
 - EVP-Zelte: Zelt 3x3m bzw. 4.5x3m für je CHF 50 pro Tag bzw. CHF 30 für EVP-Mitglieder. Standort: EVP-Sekretariat, Zürich.
- Interessiert? Melden Sie sich unter 044 272 71 00 / info@evppev.ch.

Wahlsendung «Entscheidung 07»

Am 20. September zwischen 15.50 und 17.00 Uhr wird in der Brauerei Altes Tramdepot in Bern die Sendung «Entscheidung 07: Parteien zur Wahl» von SF aufgezeichnet. Die EVP stellt das Publikum und sorgt für einen kräftigen Applaus. Kandidierende und weitere Interessierte, die gerne an dieser Sendung teilnehmen möchten, melden sich bei niklaus.hari@evppev.ch.

EVP ist den Kleinbauern am Grünsten

Die Vereinigung zum Schutz kleiner und mittlerer Bauern hat die Namenabstimmungen im Nationalrat zu bäuerlichen Fragen ausgewertet. Dabei zeigt sich: die EVP hat in 97 Prozent der Fälle für die Kleinbauern abgestimmt, vor den Grünen mit 94 und der SP mit 86 Prozent. Am anderen Ende der Leiter stehen CVP mit 40, die SVP mit 11 und die FDP mit 10 Prozent.

Über 4600 Mitglieder

Die EVP zählt per 10. September 2007 4608 Mitglieder.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP)
14. Jahrgang, Nummer 3, September 2007
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:
Postfach 7334, 8023 Zürich, Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37, info@evppev.ch, www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Dr. Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier, Niklaus Hari, Olivia Ott Hari, Thomas Prelicz.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

EVP und CVP

Die EVP Basel-Landschaft ist im Landrat erneut eine Fraktionsgemeinschaft mit der CVP eingegangen, da sich dieses Zweckbündnis in den letzten acht Jahren bewährt habe.

Zwei neue Berner Ortsparteien

Mit der Gründung der EVP Wichtrach (präsidiert von Hansjürg Berger) und der EVP Wattenwil (präsidiert vom erst 20-jährigen Gymnasiasten Richard Hänzi) zählt die Berner EVP nun 48 Ortsparteien.

Rücktritt Dätwyler

Der Berner Grossrat Heinz Dätwyler tritt auf Ende der Sesssion 2007 zurück. Der ehemalige Kantonalpräsident hatte den Grossen Rat als sogenannt höchster Berner von Juni 2004 bis Mai 2005 präsidiert.

Wenger für Hänzi

Peter Wenger sitzt neu für Therese Hänzi im Burgdorfer Parlament.

Wechsel bei EVP Thun

Nach vier Jahren als Präsidentin der EVP Thun übergibt Elisabeth Trummer ihr Amt an Jürg Dällenbach.

16. KANTONALPARTEI

Mit der Gründung der «PEV Genève» ist die EVP definitiv in der Romandie angekommen.

(nh). Am 27. August ist in Genf mit der «PEV Genève» die 16. Kantonalpartei der EVP gegründet worden. Nach den Sektionen Waadt und Neuenburg handelt es sich dabei um die dritte rein französischsprachige Kantonalpartei der EVP. Präsiert wird die EVP Genf von Florian Baier und Valérie Kasteler-Budde. Bereits vor der Gründung haben die Genfer eine Nationalratsliste mit sechs Kandidierenden eingereicht.

Gemäss eigenen Angaben will sich die «PEV Genève» als politische Kraft etablieren, mit der in der UNO-Stadt künftig gerechnet werden muss. Sie will jene Bürgerinnen und Bürger ansprechen, welche genug haben von der Polarisierung zwischen links und rechts und sich statt dessen pragmatische und konstruktive Lösungen wünschen.

Mit der Gründung der Genfer Kantonalpartei setzt die EVP ihren Expansionskurs fort: in den letzten vier Jahren wurden die kantonalen Sektionen Luzern, Waadt, Neuenburg und Graubünden gegründet.

Adressen gesucht

Die noch junge «PEV Genève» ist auf Adressen von Interessierten angewiesen. Wenn Sie Freunde oder Verwandte in Genf besitzen, nimmt das Generalsekretariat gerne ihre Adressen entgegen, damit sie künftig mit Informationen beliefert werden können. Das gilt nicht nur für Genf, sondern grundsätzlich für alle in der Schweiz wohnhaften Personen, die an der EVP interessiert sein könnten.

EVP stellt obersten Dietiker...

Andres Beutter präsidiert ab März 2007 für ein Jahr das Parlament von Dietikon.

...und oberste Münchenbuchseerin

Katja Schenkel präsidiert im 07 den GGR von Münchenbuchsee.

Unverfilzte Fasnacht

Nach dem Auftritt der Fasnächtler D'Striggedde am SVP-Parteitag in Basel fordert EVP-Grossrat Heiner Ueberwasser die Basler Parteipräsidenten auf, künftig keine Schnitzelbänggler mehr für den Wahlkampf zu engagieren: «Lässt sich die Fasnacht kaufen, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit.»

Aargau

Hauptliste (5F, 10M, voll), *jevpliste (6F, 9M, voll), Listenverbindung mit EDU

Bern

Stammliste (7F, 17M, voll), Liste Erfahrung (11F, 15M, voll), Liste Zukunft (11F, 15M, voll), Listenverbindung mit CVP

Basel-Landschaft

Hauptliste (3F, 4M, voll), keine Listenverbindung

Basel-Stadt

Hauptliste (2F, 3M, voll), keine Listenverbindung

Freiburg

Hauptliste (2F, 5M, voll), unterverbunden mit CSP und anderen, verbunden mit SP

Genf

Hauptliste (2F und 4M für 11 Sitze), keine Listenverbindung

Luzern

Hauptliste (1F und 5M für 10 Sitze), keine Listenverbindung

Neuenburg

Hauptliste (1F und 3M für 5 Sitze), keine Listenverbindung

Schwyz

Hauptliste, (1F, 3M, voll), keine Listenverbindung

St. Gallen

Hauptliste (3F, 9M, voll), *jevpliste (3F, 9M, voll), Listenverbindung mit GLP und Grünen

Solothurn

Hauptliste (4F, 3M, voll), Listenverbindung mit CVP

Thurgau

Hauptliste (3F, 3M, voll), Listenverbindung mit CVP und EDU

Waadt

Hauptliste (7F, 4M für 18 Sitze), Verbindung mit CVP und EDU

Zürich

Hauptliste (14F, 20M, voll), *jevpliste (16F, 18M, voll), Listenverbindung mit CVP, EDU und GLP

Anzeige

TERMINE

- 22. September 2007 1. Nationaler Werbetag Nationalratswahlen
- 13. Oktober 2007 2. Nationaler Werbetag Nationalratswahlen
- 21. Oktober 2007 National- und Ständeratswahlen
- 27. Oktober 2007 EVP Schweiz, Sursee Zentralvorstand
- 27. Oktober 2007 EVP Schweiz, Sursee Delegiertenversammlung
- 24. November 2007 *jevpliste, Zürich Wahlfeier für die jungen Kandidierenden und die Helferinnen und Helfer



MEHR EVP FÜR DIE SCHWEIZ

(nh). «Mehr EVP für die Schweiz.» Drei gelbe Ballone symbolisieren die drei bisherigen Nationalräte der EVP, zwei blaue Ballone stehen für die mindestens zwei Mandate, die am 21. Oktober noch dazu kommen sollen. Mit 5 Sitzen im Parlament und einer eigenen Fraktion kann sich die EVP noch wirkungsvoller für christliche Werte und eine menschliche Politik einsetzen: dank zusätzlichen Kommissionssitzen,

der Verteilung der Arbeitslast auf weitere Schultern, mehr Medienaufmerksamkeit, neuen Köpfen und frischen Ideen.

Neben den bisherigen Ruedi Aeschbacher (ZH), Walter Donzé (BE) und Heiner Studer (AG) sind Maja Ingold (ZH) und Marianne Streiff-Feller (BE) die aussichtsreichsten Anwärterinnen für einen Sitzgewinn. Sie wären zugleich die ersten Nationalrätinnen der EVP! In

anderen Kantonen wie den beiden Basel, St.Gallen oder Genf sind Überraschungen nicht ausgeschlossen und Sitzgewinne möglich.

Unser Bild ist am Familienfest der EVP während dem offiziellen Wahlauftritt entstanden. Es zeigt, dass bei der EVP die Luft nicht draussen ist, sondern sie im Gegenteil eine tragfähige Politik verfolgt. Mit Ihrer Stimme helfen Sie mit, dass sich diese Politik nicht in Luft auflöst.

EINLADUNG UND ANMELDUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 2. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 27. Oktober 2007, 14.00 bis 16.30 Uhr im Campus Sursee.

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
- TOP 5 Rückschau National- und Ständeratswahlen 2007
- TOP 6 Ausblick auf die neue Legislatur
- TOP 7 Parolenfassung zur Unternehmenssteuerreform II
- TOP 8 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Vorgängig besteht um 12.30 Uhr die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Ruedi Aeschbacher

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 27. Oktober 2007 an. Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev- Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____



Stadt Sursee

Bis am 22. Oktober 2007 einsenden an:
EVP Schweiz
Josefstrasse 32
Postfach 7334
8021 Zürich
Telefon 044 272 71 00
info@evppev.ch